

Elena Kropatcheva

Nach den Parlamentswahlen vom März 2006: Ukraine, quo vadis?

Einführung

Die in Osteuropa am Schwarzen Meer gelegene Ukraine grenzt im Westen an Polen, Rumänien und Moldau und im Osten an Russland; sie hat etwa 47 Millionen Einwohner und ist mit 603.700 km² das zweitgrößte Land Europas.¹ Obwohl die Ukraine für den Transit von russischem Erdöl und Erdgas in den Westen wirtschaftlich wichtig ist, wurde sie lange Zeit vernachlässigt. In den Monaten Oktober bis Dezember 2004 lösten Wahlfälschungen bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen² die „Orange Revolution“, eine landesweite Massenprotestbewegung, aus, in deren Folge Viktor Juschtschenko zum Präsidenten gewählt und eine neue, westlich orientierte Regierung gebildet wurde. Die Wahlen und die darauf folgenden Ereignisse haben das internationale Interesse an der Ukraine neu entfacht. Die Wahlen selbst waren von einem bemerkenswerten Engagement Russlands und westlicher Akteure (insbesondere der USA) geprägt. Russland schaltete sich mit einer Reihe einseitiger wirtschaftlicher Zugeständnisse sowie politischer Unterstützung und Legitimierung für „seinen“ Kandidaten Viktor Janukowitsch in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein, indem z.B. einflussreiche Politiker das Land besuchten. Der russische Präsident Wladimir Putin reiste selbst kurz vor den Wahlen zweimal in die Ukraine. Auch der Westen engagierte sich in erheblichem Umfang – sowohl politisch als auch finanziell. Angeblich hat die US-Regierung unter Präsident George W. Bush 65 Millionen US-Dollar zur Unterstützung des prowestlichen Bewerbers Viktor Juschtschenko ausgegeben.³ Zahlreiche Politiker sowie amerikanische und europäische NGOs haben die Orange Revolution darüber hinaus materiell und moralisch unterstützt und forderten die Ukrainer auf, die Wahlergebnisse und die Legitimität der damaligen Regierung anzufechten. Die Wahlen wurden sowohl im Land selbst als auch international nicht nur als Wahl zwischen einer betrügerischen und korrupten Regierung einerseits und der Aussicht auf eine demokratische

1 Vgl. Die 56 OSZE-Teilnehmerstaaten – Daten, Fakten und Kooperationsformen, im vorliegenden Band, S. 477-493, hier: S. 491.

2 Der erste Wahlgang fand am 31. Oktober 2004, der zweite am 21. November statt; in beiden Durchgängen kam es zu Wahlfälschungen. Schließlich wurde der zweite Wahlgang am 26. Dezember wiederholt, was als „Durchbruch“ galt. Details zu den Wahlen finden sich unter: OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Ukraine, Presidential Election, 31 October, 21 November and 26 December 2004, OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau, 11. Mai 2005, ODIHR.GAL/33/05, unter: <http://www.osce.org/odihr>.

3 Vgl. Jean-Marie Chauvier, Orange Revolution, Origins and Outcome. Ukraine: a New Cold War, in: *Le Monde Diplomatique*, Januar 2005.

und freiheitliche Entwicklung andererseits dargestellt, sondern auch als Schicksalswahl zwischen Russland und dem Westen.

Schließlich erklärten die Führer der Orangen Revolution – Viktor Juschtschenkos Block „Unsere Ukraine“, Julia Timoschenkos Allukrainische Union *Batkivschtschina* („Vaterland“) und Alexander Moros’ Sozialistische Partei – ihre Absicht, Demokratie und Wirtschaftsliberalismus zu stärken und die Ukraine in die NATO und die EU zu integrieren. Es sah so aus, als sollte die Ära der korrupten Regierung unter Präsident Leonid Kutschma (1994-2004) mit ihren ambivalenten Spielchen, die sie sowohl mit Russland als auch mit dem Westen gespielt hatte, zu Ende gehen.

Seither steht die Ukraine stetig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da alle Entwicklungen seit den Wahlen – sowohl innerstaatlich als auch international – an den Versprechen der Orangen Revolution gemessen werden. Auch die Parlamentswahlen vom 26. März 2006 wurden genau beobachtet. Die „blaue“ Partei der Regionen unter der Führung von Juschtschenkos Gegenspieler Janukowitsch, die eine starke Bindung an Russland hervorhebt, erhielt mit 32,14 Prozent die meisten Stimmen und errang 186 Parlamentssitze. Die Stimmen, die auf die „orangen“ Parteien entfielen, verteilten sich wie folgt: Der Timoschenko-Block erhielt 22,29 Prozent und 129 Sitze, 13,95 Prozent der Stimmen und 82 Parlamentssitze entfielen auf Juschtschenkos Block „Unsere Ukraine“ und Alexander Moros’ Sozialistische Partei gewann 5,69 Prozent der Stimmen und 33 Sitze. An fünfter Stelle folgte die Kommunistische Partei unter ihrem Spitzenkandidaten Petro Simonenko mit 3,6 Prozent der Stimmen und 21 Abgeordnetenmandaten.⁴

Die offiziellen Zahlen geben jedoch noch keinen Hinweis darauf, welche immense Bedeutung die Wahlen hatten. Die Parlamentswahlen gehörten zu den wichtigsten Bewährungsproben und Herausforderungen, denen sich die „postrevolutionäre“ Ukraine stellen musste. Erstens waren dies die ersten Wahlen nach der Orangen Revolution; ihre Organisation und ihre Durchführung waren ein wichtiger Test dafür, ob die Ukraine auch in der Praxis demokratischen Idealen verpflichtet ist. Zweitens gaben die Ukrainer mit der Wahl ihr Urteil über die Politik der neuen Regierung – der orangen Koalition – ab. Drittens hatte die Ukraine im Januar 2006 ihr „präsidial-parlamentarisches“ Regierungssystem in Übereinstimmung mit den vom Parlament, der *Werchowna Rada*, im Dezember 2004 verabschiedeten Verfassungsänderungen in ein „parlamentarisch-präsidiales“ überführt. Während früher die Hälfte der Parlamentsabgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht und die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht ermittelt worden waren, wurden 2006 alle 450 Mitglieder der *Werchowna Rada* durch Verhältniswahl für fünf Jahre (statt bislang vier) gewählt. In den Monaten nach der ersten Sitzung der *Werchowna Rada* musste das Parlament eine Koalition aus den vielen vertretenen Par-

4 Vgl. die offizielle Website der zentralen Wahlkommission der Ukraine, unter: <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P001>; Typology of the Ukrainian Elections, in: RFE/RL, Belarus, Ukraine, and Moldova Report 13/2006, 4. April 2006.

teien bilden, die über eine Mehrheit der Sitze (über 225) verfügte. Diese Koalition musste innerhalb von zwei Monaten eine Regierung bilden und vor allem einen Ministerpräsidenten nominieren. Ohne ins Detail zu gehen⁵ sei hier angemerkt, dass diese Reform das Präsidentenamt geschwächt und der *Rada* und dem Ministerpräsidenten größere Kompetenzen übertragen hat.

Die Koalitionsbildung erwies sich als langwierig und problematisch und das Ergebnis war umstritten. Letztlich wurden auch die Parlamentswahlen wiederum als Wahl zwischen Russland und dem Westen betrachtet. Auch wenn die Debatte, ob die Ukraine die Integration in den Westen anstreben oder sich lieber an Russland anlehnen sollte, weniger spannungsgeladen und dramatisch war als während der Orangen Revolution, war sie doch wichtig für das Verständnis der politischen Ereignisse während der Wahlen und in der Zeit danach. Anhand der Diskussion dieser Fragen in der oben angeführten Reihenfolge versucht der vorliegende Beitrag, die Lage in der Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen im März 2006 zu erklären.

Die Parlamentswahlen als Bestätigung des Willens der Ukraine, den Weg zur Demokratie weiterzugehen

Einseitige Berichterstattung in den staatlichen Medien, Missbrauch staatlicher Gelder, Druck auf bestimmte Wählergruppen, fehlender Wille, wirklich demokratische Wahlen abzuhalten, vermehrtes Auftreten verschiedener ernsthafter Verstöße, systematische Einschüchterungen, umfangreiche Korruption und Betrügereien – das waren die Begleitumstände der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004, die die Orange Revolution auslösten. Im Vergleich dazu wurden die Parlamentswahlen von 2006 – nur knapp anderthalb Jahre später – von internationalen Beobachtern als frei und fair bewertet; sie seien in Übereinstimmung „mit nationalem Recht, OSZE-Verpflichtungen, Europarats-Verpflichtungen und weiteren internationalen Standards für demokratische Wahlen“⁶ durchgeführt worden. Nicht nur die offiziellen Berichte des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE, sondern auch die Vertreter einzelner westlicher Staaten und Organisationen bewerteten die Wahlen euphorisch. So sah sie z.B. die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner als „weiteren Beleg für die Konsolidierung demokratischer Standards in der Ukraine

5 Zu Einzelheiten vgl.: Ukraina stala parlamentsko-prezidentskoy respublikoy [Ukraine ist eine parlamentarisch-präsidentielle Republik geworden], in: *Podrobnosti*, 1. Januar 2006, unter: <http://www.podrobnosti.ua/power/rest/2006/01/01/275197.html>.

6 European Parliament/Parliamentary Assembly of the Council of Europe, OSCE Parliamentary Assembly/OSCE-ODIHR/NATO Parliamentary Assembly (Hrsg.), International Election Observation Mission, Parliamentary Elections, Ukraine – 26 March 2006, Preliminary Statement, Kiew, 27. März 2006, S. 1, unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2006/03/18500_en.pdf (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

seit der Orangen Revolution“.⁷ Die US-Botschafterin bei der OSZE Julie Finley urteilte: „Die Ukraine hat im Laufe des letzten Jahres ganz erstaunliche Fortschritte gemacht und sollte anderen als Inspiration dienen.“⁸ Die Kommentare der offiziellen Vertreter Russlands waren weniger enthusiastisch, aber auch sie erkannten den freien und fairen Verlauf der Wahlen an: „Obwohl [die Wahlen] in einer zugespitzten Lage durchgeführt wurden und es einige Verstöße gab, können sie als gültig betrachtet werden. Die ukrainischen Bürger hatten die Möglichkeit, eine bewusste Entscheidung zu treffen.“⁹

Die Wahl zeigte, dass die Bevölkerung politisch reifer geworden war und die Ukrainer wirklich eine bewusste Entscheidung getroffen hatten. Mit rund 68 Prozent¹⁰ lag die Wahlbeteiligung höher als erwartet bzw. als vor dem Wahltag geschätzt worden war. Nur 1,77 Prozent der Wählerschaft sprach sich gegen alle Kandidaten aus.¹¹ „Papier“-Parteien, d.h. Parteien, die zu den Wahlen *ad hoc* von Lobbygruppen gegründet worden waren, hatten keinen Erfolg. Die Durchführung fairer Wahlen hat es den Bürgern ermöglicht, ihr Recht, ihre politischen Präferenzen frei zum Ausdruck zu bringen, wahrzunehmen. Die Tatsache, dass die Wahlen international als frei und fair anerkannt wurden, war ein großer Erfolg für ein postsowjetisches Land. Ihre Organisation und Durchführung zeigten, dass demokratische Ideale sowohl von der Regierung des Landes als auch von der Bevölkerung, die sich aktiv beteiligte, hochgehalten werden.

Was hat die Bevölkerung in den Wahlen zum Ausdruck gebracht?

Die Parlamentswahlen haben zwar die insgesamt demokratische Orientierung der Ukraine bekräftigt, ihre Ergebnisse, d.h. die von der Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten politischen Präferenzen, haben jedoch auch die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Bürger über den politischen Kurs des Landes seit der Orangen Revolution ans Licht gebracht. Dies belegte vor allem der hohe Stimmenanteil, den Viktor Janukowitsch erhielt. Zweitens stimmten erheblich mehr Wähler für Julia Timoschenkos Block als für den Präsidentenblock „Unsere Ukraine“. Die konkurrierenden Politikziele sowie die per-

7 Benita Ferrero-Waldner, zitiert nach: The European Commission's Delegation, Press Releases, News Archive: March 2006, unter: http://www.delukr.ec.europa.eu/press_releases.html?y=2006&m=3.

8 Julie Finley, zitiert nach: Jeffrey Thomas, US Envoy Contrasts Belarus with Flourishing Democracy in Ukraine, unter: <http://usinfo.state.gov/utills/printage.html>.

9 Außenministerium der Russischen Föderation, Russian MFA Information and Press Department Commentary Regarding the Elections for the Supreme Rada of Ukraine, Doc. 477-28-03-2006 (inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen), unter: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcb3/d3639963c28de884c325713f004629e7?OpenDocument.

10 Daten des Zentralen Wahlausschusses, in: Podrobnosti vom 27. März 2006, unter: <http://www.podrobnosti.ua/power/elections/2006/03/27/299288.html>.

11 Vgl. Zentraler Wahlausschuss der Ukraine, unter: <http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P001>.

sönlichen Animositäten zwischen Juschtschenko und Timoschenko führten im September 2005 dazu, dass Timoschenko als Ministerpräsidentin entlassen wurde; in der Folge wurde ihre Partei zum politischen Gegner des Blocks „Unsere Ukraine“ statt zu dessen Kampfgefährtin. Darüber hinaus verstärkte sich die persönliche Rivalität zwischen dem Präsidenten und der früheren Ministerpräsidentin; das Ergebnis der Parlamentswahlen wurde häufig als persönlicher Sieg Timoschenkos über Juschtschenko ausgelegt. Während Juschtschenko und seiner Partei alle Schicksalsschläge des Landes angelastet wurden, wurde Julia, wie die Menschen sie nennen, idealisiert. Nach allgemeiner Auffassung hatte sie nur nicht genug Zeit gehabt, im Land Ordnung zu schaffen. Obwohl die orangen Parteien also insgesamt mehr Stimmen erhielten als der offizielle Wahlsieger, kann man gleichwohl nicht behaupten, dass die Wahl die Orange Revolution bestätigt hätte. Die Mitglieder der orangen Koalition sind zu politischen Gegnern mit unterschiedlichen politischen Programmen und persönlichen Zielen geworden.

Darüber hinaus spiegelten die Wahlen die allgemeine Enttäuschung der Bevölkerung über die Lebensbedingungen im Land wider. Die Wirtschaftslage hatte sich verschlechtert. Betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2004 noch zwölf Prozent, sank es auf 2,6 Prozent im Jahr 2005.¹² Viele Versprechungen aus dem Präsidentschaftswahlkampf und – wichtiger noch – viele der „Maidan“-¹³Versprechen waren nicht eingelöst worden. Die wichtigste Errungenschaft nach der Orangen Revolution war die Wiederherstellung der Pressefreiheit. Doch selbst das stellte sich als Herausforderung für die Bevölkerung und die Politiker heraus, da die Presse begann, Berichte über windige Geschäfte zu veröffentlichen; Korruptionsskandale wurden bekannt, in die sogar der Präsident verwickelt war. Genau die Missstände, die während der Orangen Revolution angeprangert worden waren, waren weiterhin an der Tagesordnung. Eine Studie des *Ukrainian Centre for Economic and Political Studies* (UCEPS) kommt zu dem Schluss, dass die neue Regierung es nicht vermocht hat, die erwarteten Reformen durchzuführen. Veränderungen waren rein kosmetischer Natur und auf Personalfragen begrenzt. Obwohl die Regierung ein neues Gesicht hatte, hatte sich die Politik inhaltlich nicht geändert.¹⁴

Das Ergebnis der Parlamentswahlen hat somit die Schwächen der orangen Koalition verdeutlicht. Trotz versprochener Reformen haben die Menschen mit den gleichen Problemen zu kämpfen wie unter der Präsidentschaft von Leonid Kutschma – mit Korruption und Betrug. Diese Probleme haben sich für die erste orange Regierung als widrig herausgestellt und werden auch in

12 Vgl. European Commission, DG Trade, Statistics, Ukraine, zuletzt aktualisiert am 5. September 2006, unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113459.pdf.

13 „Maidan nezaležnosti“ ist Ukrainisch für „Platz der Unabhängigkeit“; dort hatten die „orangenen“ Protestveranstaltungen hauptsächlich stattgefunden.

14 Die Ergebnisse des ersten Jahres der neuen ukrainischen Regierung werden in sozioökonomischer Hinsicht bewertet in: National Security and Defence 9/2005, unter „The New Government’s Economic Policy: First Steps and Their Effects“.

Zukunft eine große Herausforderung für die Arbeit jeglicher ukrainischen Regierung darstellen.

Die Koalitionsbildung

Die Koalitionsbildung in der Ukraine war schwierig und langwierig. Die neu gewählte *Verchowna Rada* trat erst am 25. Mai zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach der ukrainischen Verfassung musste die Koalition bis zum 25. Juni gebildet werden, anderenfalls hätte der Präsident das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen müssen. Am 22. Juni, nur drei Tage vor Ablauf dieser Frist, wurde die Bildung der neuen orangen Koalition, die sich aus denselben Mitgliedern zusammensetzte wie ihre Vorgängerin, verkündet und anschließend die Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Präsident Juschtschenko erklärte: „Wir schaffen eine neue politische Kultur, die Jahrhunderte überdauern wird.“¹⁵

Anstatt jedoch Jahrhunderte zu überdauern, stellte sich die orange Union als recht kurzlebig heraus. Bereits am 11. Juli wurde eine neue „Antikrisen-Koalition“ aus der Partei der Regionen, der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei gebildet, wobei Letztere von den beiden anderen orangen Parteien als Verräterin betrachtet wurde. Die „Antikrisen-Koalition“ nominierte Janukowitsch für das Amt des Ministerpräsidenten.

Präsident Juschtschenko hatte die schwierige Wahl zwischen zwei Übeln: entweder die Regierung zu entlassen und Neuwahlen auszuschreiben (diese Option wurde von Julia Timoschenko unterstützt) oder der Nominierung Viktor Janukowitschs als Ministerpräsident zuzustimmen. In den frühen Morgenstunden des 3. August, zwei Stunden nach Ablauf der verfassungsmäßigen Frist und nach langen und schwierigen Erwägungen und Beratungen, verkündete Präsident Juschtschenko seinen Entschluss, Janukowitsch als Ministerpräsidenten zu bestätigen. In der Folge wurde eine sogenannte „Koalition der nationalen Einheit“ gebildet, der „Unsere Ukraine“, die Partei der Regionen, die Sozialistische und die Kommunistische Partei angehörten. Die Koalitionäre unterzeichneten eine „Erklärung der nationalen Einheit“, die symbolisch die Absicht aller Unterzeichner bekräftigte, die Hauptziele und Ideale der Orangen Revolution zu verfolgen.

Juschtschenko entschied sich letztlich für die Koalitionsoption, weil die Auflösung des Parlaments ein schwerer Schlag nicht nur für seine eigene Partei, sondern für das ganze Land gewesen wäre. Die langwierige Koalitionsbildung, persönliche Rivalitäten und das Unvermögen der orangen Parteien, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen, haben dem internationalen Ansehen der Ukraine geschadet. Die Auflösung des Parlaments hätte das Problem der politischen Instabilität der Ukraine nicht gelöst, sondern

15 Viktor Juschtschenko, zitiert nach: Laugh or Cry, in: Economist vom 14. Juli 2006, unter: <http://www.inosmi.ru/print/228801.html>.

hätte neue Schwierigkeiten heraufbeschwören können. So wäre es z.B. schwierig gewesen, die Bürger dazu zu bewegen, sich an Neuwahlen zu beteiligen – ganz zu schweigen von den Kosten. Außerdem standen die Chancen Juschtschenkos, mit seiner wenig kompromissbereiten Rivalin Julia Timoschenko zu einer Übereinkunft zu gelangen, schlecht.

Präsident Juschtschenko wandte sich mit folgenden Worten an die Ukrainer: „[...] Ich möchte noch einmal betonen, dass ich die ganze Komplexität im Osten und Westen der Ukraine hinsichtlich der Nominierung des Ministerpräsidenten verstehe. Ich rufe das Land auf zu begreifen, dass wir jetzt eine einmalige Gelegenheit haben, all das zu schaffen, was wir uns vorgenommen haben und das Land durch eine politische Verständigung zu vereinen.“¹⁶

Weiter sagte er: „Ich appelliere an das ukrainische Parlament, eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen. Die Kontroversen, die die Ukraine gegenwärtig durchlebt, hat nicht der Durchschnittsbürger, sondern das Parlament zu verantworten, und das hat von nun an die Aufgabe, sie beizulegen.“¹⁷

Am 4. August wurde Janukowitschs Ernennung zum Ministerpräsidenten von der *Rada* bestätigt. Die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten wird einerseits zu einer zeitweiligen Beruhigung der politischen Lage und der Kontroversen im Umfeld der Parlamentswahlen vom März 2006 führen und Juschtschenko und Janukowitsch werden versuchen, die Anhänger der Orangen Revolution und des prorussischen Gegenlagers miteinander zu versöhnen.

Gleichzeitig waren jedoch die Unterstützer der Orangen Revolution von der Entscheidung des Präsidenten enttäuscht und hängten nach Janukowitschs Ernennung Trauerflore in die Bäume in der Nähe des Parlamentsgebäudes. Das Gefühl, dass die Orange Revolution nichts gebracht hatte und der ganze Kampf vergebens war, machte sich breit. Eine andere negative Konsequenz könnte ein fortbestehender Mangel an politischer Klarheit innerhalb der Regierung sein. Der neuen symbolischen Koalition gehören Parteien mit ganz unterschiedlicher Ausrichtung an, darunter die liberale und prowestliche „Unsere Ukraine“, die prorussische und marktorientierte Partei der Regionen sowie Kommunisten und Sozialisten. Die Koalition muss erst noch beweisen, dass diese Parteien zusammenarbeiten können und in der Lage sind, in solch heiklen Fragen wie derjenigen nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft und bei der Reprivatisierung sowie nach der Mitgliedschaft der Ukraine in NATO und EU Kompromisse zu finden. Erste Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen innerhalb der Koalition sind bereits aufgetreten. Am 17. Oktober 2006 verkündete der Parteiführer von „Unsere Ukraine“, Roman Bessmertnyj, den Beschluss der Partei, in die Opposition zu gehen. Viele der Mit-

16 Viktor Juschtschenko, zitiert nach: Jan Maksymiuk, Ukraine: President Compromises For National Unity, RFE/RL, 3. August 2006, unter: <http://www.rferl.org/featuresarticle/2006/8/413086c1-70f6-49b7-aadf-d50598e63024.html>.

17 Viktor Juschtschenko, zitiert nach: Vladimir Solovyev/Aleksandr Sviridenko, Viktoru Yanukovichu postavili kreslo [Viktor Janukowitsch hat den Vorsitz], in: Kommersant, 6. August 2006, unter: <http://www.readnews.ru/news/index.php?id=66289>.

glieder waren von Anfang an gegen die Ernennung Janukowitschs zum Ministerpräsidenten und gegen die Idee einer Koalition gewesen. Auch ist nicht klar, inwieweit die Kommunistische Partei Teil der Koalition ist, da sie nur eine unvollständige Version der Erklärung der nationalen Einheit unterzeichnet hat, in der wichtige Punkte fehlten. Viele Mitglieder der Kommunistischen Partei lehnten die neue Koalition ganz ab. Und schließlich war die Beziehung der beiden Viktors von jeher schwierig. Während der Orangen Revolution waren sie Gegner, die nicht nur für abweichende politische Programme, sondern auch für unterschiedliche Werte eintraten. Daher ist zu bezweifeln, dass sie effektiv zusammenarbeiten können.

Obwohl die regierungslose Zeit in der Ukraine offiziell beendet ist, ist immer noch fraglich, wie funktionsfähig und effektiv die neue Koalition sein wird. Persönliche Animositäten und Meinungsverschiedenheiten haben bereits die Arbeit der ersten orangen Regierung untergraben, die zweite orange Koalition zerstört und werden, da sie in der Koalition der nationalen Einheit fortbestehen, wahrscheinlich die Arbeit jeglicher Koalition oder Regierung destabilisieren. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen haben die politische Unreife der politischen Eliten der Ukraine und die Instabilität der politischen Lage erwiesen. Die Koalitionsbildung war von Protesten seitens der einen oder anderen Partei, Kämpfen und Gezänk, gegenseitigen Beleidigungen und Anschuldigungen, Verrat und Schachereien begleitet. Solange die Parteiführer mehr mit ihrem persönlichen Ehrgeiz und mit gegenseitigen Animositäten und Abneigungen beschäftigt sind als mit der Entwicklung des Landes, können weder die Bildung neuer Koalitionen noch Neuwahlen der inneren politischen Instabilität abhelfen.

Osten oder Westen?

Ein weiteres Problem, das die Parlamentswahlen des Jahres 2006 verdeutlicht haben, ist die fortgesetzte Spaltung der politischen Meinung in der Ukraine in ein stärker nach Russland und ein eher nach Westen orientiertes Lager. Seit der Orangen Revolution ist eine ernsthafte Debatte darüber entbrannt, ob die Ukraine sich in Richtung auf eine Integration in die euro-atlantischen Strukturen entwickeln oder engere Bande mit Russland knüpfen soll. Das spiegelte sich auch im Wahlkampf vor den Parlamentswahlen wider. Während die Parteienvertreter sich zu konkreten wirtschaftlichen Maßnahmen und politischen Reformen nur vage äußerten, stand die geopolitische Orientierung der Ukraine in allen Diskussionen im Mittelpunkt.

Die Spaltung der Ukraine in dieser Frage ist zunächst eine regionale: Das Wahlergebnis zeigt, dass Janukowitschs Partei der Regionen vor allem im Osten und Süden des Landes Unterstützung fand, während die orangen Parteien im Westen und im Zentrum die meisten Stimmen erhielten.¹⁸ Die Tei-

18 Vgl. ebenda.

lung – bei der die östlichen und südlichen Landesteile engere Beziehungen zu Russland favorisieren und der Westen und das Zentrum nach euro-atlantischer Integration streben – bleibt daher auch längerfristig genauso bedeutsam wie während der Orangen Revolution.

Die regionale Spaltung wiederum hat internationale Auswirkungen. Im Juni 2006 kam es beispielweise auf der Krim nach der Ankunft von 200 Reservisten der US-Marineinfanterie, die das multilaterale, auf ukrainisch-amerikanischer Initiative beruhende und im Geiste der NATO-Partnerschaft für den Frieden geplante Manöver „*Sea Breeze*“ vorbereiten sollten, zu heftigen Protesten. Ältere Kommunisten, ukrainische russische Nationalisten, Vertreter der Partei der Regionen, Teile von Kosakeneinheiten sowie einige russische nationalistische Politiker und Aktivisten versuchten, das ukrainische Territorium vor der „US-Invasion“ zu „schützen“. Obwohl solche Übungen nichts Neues waren, belegt eine derart heftige Reaktion die starke Politisierung der ukrainischen Gesellschaft. Der Oberste Sowjet der Krim und einiger anderer Gebiete erklärten die Krim zur NATO-freien Zone. Es gab allerdings auch Gründe für diese Proteste. Im Februar 2006, noch vor den Wahlen, hatte die *Werchowna Rada* einem Gesetz die Zustimmung verweigert, das den Beschluss des Präsidenten, nach dem an multinationalen Manövern teilnehmende ausländische Truppen in der Ukraine stationiert werden dürfen, bestätigen sollte. Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine war dennoch im Frühjahr beschlossen worden, die Einladung an die Partner der Ukraine, Truppen zu den gemeinsamen Militärübungen zu entsenden, zu bestätigen, in der Hoffnung, dass das Parlament das notwendige Gesetz bald verabschieden würde. Da die *Werchowna Rada* jedoch erst am 25. Mai zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, gab es kein funktionsfähiges Parlament, das das Gesetz hätte annehmen können; diese Lücke nutzten nun die Anti-NATO-Gruppen.¹⁹ Die Unfähigkeit der politischen Eliten der Ukraine, Kompromisse zu schließen, kann folglich destabilisierende Auswirkungen auf die Lage in der Ukraine haben.

Die internen politischen Zerwürfnisse und die regionale Spaltung der Ukraine zeigen, dass es eine der wichtigsten Fragen für das Land ist, wie es sich entwickeln soll, wenn gleichzeitig seine Orientierung nach Osten oder Westen ausgehandelt wird. Die orange Regierung gibt der Integration in die EU und die NATO Vorrang vor einer engeren Bindung an Russland. Obwohl die Ukraine weder von der EU noch von der NATO praktische Unterstützung oder gar die Zusage, sie nach den notwendigen Reformen als Mitglied aufzunehmen, erhalten hat, hat diese Politik die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland verschlechtert.

Russlands Politik gegenüber der Ukraine seit der Orangen Revolution wird als Vergeltung oder Strafe für den euro-atlantischen Kurs der Ukraine inter-

19 Zu weiteren Details siehe z.B. Territorija, svobodnaja ot vlasti? [Territorium ohne Macht?], in: Zerkalo Nedeli Nr. 21, 3.-9. Juni 2006, unter: <http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/print/53571>.

pretiert bzw. als eine Möglichkeit, Druck auf das Land auszuüben, um es wieder dem russischen Einflussbereich einzugliedern. Viele der Probleme im russisch-ukrainischen Verhältnis, die auf Eis zu liegen schienen, haben sich mit neuer Intensität zurückgemeldet. Dazu gehören die Beteiligung der Ukraine an der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte in der ukrainischen Stadt Sewastopol, die Grenzziehung im Asowschen Meer und die Aufteilung seiner Ressourcen, die Landesgrenzen und schließlich die Lieferung und der Transit russischer Energie, vor allem Erdgas. Im Winter 2005 beschloss Russland, den Preis für Erdgaslieferungen an die Ukraine von 50 auf 230 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter zu erhöhen. Im Januar 2006, nach langen und erbittert geführten Verhandlungen, unterbrach Russland kurzfristig die Gaslieferungen an die Ukraine, als diese sich weigerte, für ihre Energieimporte aus Russland Weltmarktpreise zu zahlen. Obwohl am 2. Februar 2006 ein Übereinkommen unterzeichnet wurde, das den Preis für 2006 auf 95 US-Dollar festsetzte, ist das Problem nur vorübergehend gelöst.²⁰

Eine der zentralen Botschaften in Viktor Janukowitschs Wahlkampf war sein Ziel, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Er trat u.a. für engere Beziehungen zu Russland, für die Beteiligung der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum (*Single Economic Space*, SES), einer von Russland geführten Integrationsinitiative, für die Einführung von Russisch als zweite Staatsprache und gegen die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO in naher Zukunft ein. Als neuer Ministerpräsident hat er bereits erklärt, dass der EU-Beitritt zwar Priorität behalte, die Integration in die NATO jedoch zurückgestellt werden sollte, auch werde die Ukraine den Aktionsplan zur Mitgliedschaft in der NATO (*NATO Membership Action Plan*), der einer der Schlüssel zur Mitgliedschaft ist, nicht verabschieden. Darüber hinaus betonte Janukowitsch auch während seiner Gespräche mit der EU in Brüssel im September 2006, dass „die Wiederherstellung eines für beide Seiten vorteilhaften guten Nachbarschaftsverhältnisses zu Russland einen besonderen Stellenwert habe“.²¹

Obwohl diese Haltung bereits als prorussische Freundschaftsgeste interpretiert wurde, darf man die ukrainische Realität nicht vergessen. In einer UCEPS-Umfrage vom September 2005 über den Kurs der Außenpolitik befürwortete eine Mehrheit von 43,1 Prozent engere Beziehungen zu Russland. Für 27,1 Prozent hatte die EU Priorität.²² Die Haltung der Ukraine gegenüber

20 Vgl. z.B. Maksymiuk, a.a.O. (Anm 16).

21 Viktor Janukowitsch, zitiert nach: Ukraine will not play „beggar“ to EU, new leader says, unter: <http://euobserver.com/9/22344/?print=1F>.

22 Das heißt jedoch nicht, dass die Ukrainer bereit sind, ihren Traum von der EU-Mitgliedschaft aufzugeben. Mehr als 65 Prozent der Bevölkerung sind für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine; dieses Ziel wird allerdings als unrealistisch betrachtet. Vgl. Some 40 per cent of Ukrainians against Referendum on NATO Membership, in: David Johnson's Russia List 31/2006. Darüber hinaus zeigen die UCEPS-Umfragen, dass die EU und Russland zwar dauerhaft die außenpolitischen Prioritäten der Ukrainer darstellen, sich aber in der Position der Top-Priorität ständig abwechseln. Im April 2005 nannten 39,6 Prozent der Ukrainer die Beziehungen zur EU als Top-Priorität der Außenpolitik ihres Landes, 34,9 glaubten, die Beziehungen zu Russland seien wichtiger. Die „emotionale Komponente“

den USA ist nach wie vor von Vorsicht geprägt: Nur zwei Prozent der Bevölkerung wünschen, dass die Beziehungen zu den USA eine der außenpolitischen Prioritäten werden.²³ Eine weitere Umfrage, die der *Democratic Initiatives Fund* im Januar 2006 durchgeführt hat, ergab, dass zwar 42,6 Prozent der Ukrainer den Beitritt des Landes zur EU befürworten, 56,8 Prozent sich aber für die Mitgliedschaft in der SES aussprechen.²⁴ Des Weiteren favorisierten nur 19,2 Prozent der Befragten einen NATO-Beitritt, 55 Prozent waren dagegen.²⁵ Die prorussische Ausrichtung des neuen Ministerpräsidenten hat also durchaus ihre Legitimation in der Bevölkerung.

Obwohl die Ernennung Janukowitschs als Chance begriffen wurde, die guten russisch-ukrainischen Beziehungen wiederherzustellen, bleibt offen, wie weit die Regierung bei diesem Vorhaben Erfolg haben wird. Die prorussischen Referenzen der Partei der Regionen sind fragwürdig. Sie wird stark von den Geschäftselans aus Donezk und Dnjepropetrowsk beeinflusst, die allerdings in erster Linie ihre eigenen Unternehmensinteressen verfolgen und nicht nur mit Russland, sondern auch mit europäischen und US-amerikanischen Unternehmen zusammenarbeiten. Die Idee, Russisch zur zweiten offiziellen Landessprache zu machen, wurde bereits wieder auf Eis gelegt. Und schließlich hat Janukowitsch, obwohl er die SES-Integration grundsätzlich unterstützt, inzwischen erklärt, dass sich die Ukraine an einem ihrer wichtigsten Pfeiler – der Zollunion – nicht beteiligen wird.

Darüber hinaus hat die russische Regierung bereits klar gemacht, dass sie ihre neue Politik gegenüber ihrem Nachbarn trotz des Strebens nach guten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in mancher Hinsicht nicht ändern werde. Vertreter Russlands haben die Ernennung Janukowitschs zum Ministerpräsidenten zwar positiv aufgenommen. Besonders wichtig war für Russland auch, dass die Parlamentswahlen in der Ukraine 2006 „den Willen des [ukrainischen] Volkes, gutnachbarliche und partnerschaftliche Beziehungen zu Russland aufzubauen und zu vertiefen“²⁶ gezeigt haben. Gleichwohl ist Russland nicht bereit, seine Politik der Erhöhung der Gaspreise für die Ukraine zu ändern. Am 24. Oktober 2006 einigten sich Russland und die Ukraine auf einen neuen Preis für russisches Gas von 130 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter anstelle der seinerzeit gültigen 95 Dollar. Trotz Janukowitschs Optimismus wurde dieses Abkommen in der Ukraine kritisiert.

Da die Regierung aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammengesetzt ist, deren Interessen sowohl im „Westen“ als auch im „Osten“ liegen, kann man anstelle einer starken euro-atlantischen Orientierung von einer Rückkehr zu

beeinflusst die Meinungen sehr stark. Vgl. EU Enlargement: Approaches and Assessments, in: National Security and Defence 11/2001, S. 40.

23 Vgl. ebenda, S. 43.

24 Vgl. UNIAN, Poll shows Ukrainians favour joining CIS economic bloc ahead of EU, in: David Johnson's Russia List 44/2006.

25 Vgl. ebenda.

26 Außenministerium der Russischen Föderation, a.a.O. (Anm. 9).

einer „Multivektoren“²⁷-Außenpolitik der Ukraine ausgehen, in der Äußerungen verschiedener Politiker deren unterschiedliche Interessen und Ziele widerspiegeln. Nur wenige Tage nach Janukowitschs Reise nach Brüssel ließ Präsident Juschtschenko verlauten, die Äußerungen des Ministerpräsidenten seien „missverstanden“ worden und stünden nicht im Einklang „mit den nationalen Interessen“.²⁸ Daher ist es – wie schon im vorigen Abschnitt erwähnt – zweifelhaft, ob die beiden Opponenten erfolgreicher zusammenarbeiten können als Juschtschenko und Timoschenko. Die kommenden Monate werden von weiteren Machtkämpfen geprägt sein.

Kurz gesagt: Die ukrainische Regierung steht nach wie vor vor der Herausforderung, die beiden Prioritäten ihrer Außenpolitik – Annäherung an das Ziel der euro-atlantischen Integration bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung und Vertiefung guter und konstruktiver Beziehungen zu Russland – miteinander in Einklang zu bringen. Die regionale Spaltung der Ukraine bleibt bestehen und birgt die Gefahr weiterer Destabilisierung.

Schlussfolgerungen

Die ukrainischen Parlamentswahlen des Jahres 2006 waren ein wichtiges Ereignis, das die internationale Aufmerksamkeit auf das Land lenkte. Dass sie als frei und fair bewertet wurden, war ein großer Erfolg nach der Orangen Revolution. Trotz einiger Enttäuschungen bewies die ukrainische Bevölkerung ihre politische Reife und ihr Engagement.

Diese Erfolge wurden jedoch vom Verhalten der politischen Eliten der Ukraine überschattet, die damit beschäftigt waren, um Posten zu rangeln und alte Rechnungen zu begleichen. Nicht nur das internationale Ansehen der Ukraine wurde dadurch weiter beschädigt, insbesondere mit Blick auf ihre mögliche NATO- und EU-Mitgliedschaft; auch ihre innenpolitische Lage, die ohnehin von regionalen Differenzen und widerstreitenden Meinungen über die Zukunft des Landes geprägt ist, wurde dadurch noch komplizierter. Kurz gesagt: Das Wahlergebnis hat eine politische Situation zutage gefördert, die äußerst instabil ist.

Darüber hinaus haben die Wahlen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung, mit dem Ausmaß an Korruption und Betrug in den staatlichen

27 Die Multivektorenpolitik hat ihren Ursprung in der Endphase von Leonid Krawtschuks Präsidentschaft (1991-1994), kennzeichnete aber vor allem die Ära Kutschma (1994-2004). Diese Art der ukrainischen Politik ist negativ besetzt, da die herrschenden Eliten entweder den russischen oder den euro-atlantischen Vektor zu unterschiedlichen Zeiten einsetzen konnten, so dass die Außenpolitik der Ukraine widersprüchlich, instabil, unberechenbar und opportunistisch erschien. Näheres zur Multivektorenpolitik bei: Taras Kuzio, *EU and Ukraine: a Turning Point in 2004?* Occasional Paper Nr. 47, Paris 2003; James Sherr, *The Dual Enlargements and Ukraine*, in: Anatol Lieven/Dmitriy Trenin (Hrsg.) *Ambivalent Neighbours. The EU, NATO and the Price of Membership*, Washington, D.C., 2003, S. 126-127.

28 AFP, *Pro-Russian PM blows Ukraine off Western course*, in: David Johnson's *Russia List* 210/September 2006.

Institutionen und mit den negativen Auswirkungen der euro-atlantischen Integration auf die Beziehungen zu Russland deutlich gemacht. Selbst wenn die Ukraine also einige kleine Schritte in Richtung Demokratie unternommen hat, kann man kaum sagen, dass die Wahlen die „Gültigkeit“ der Orangen Revolution bestätigt haben.

In der Ukraine ist es durchaus populär, Russland für innenpolitische Fehlschläge verantwortlich zu machen. So behauptet beispielweise Alexander Suschko, der Direktor des unabhängigen *Institute for Euro-Atlantic Co-operation* in Kiew: „Der Kreml hat ein Interesse am Scheitern des ukrainischen Modells [...] Russland hat alles daran setzen, dieses Beispiel von Offenheit, Pluralismus und transparenter Regierungsführung an seinen Grenzen zu beenden.“²⁹ Gleichwohl ist die größte Bedrohung für die Ukraine die Ukraine selbst.³⁰ Ihr Fortschritt wird von vornherein durch ihre Unfähigkeit behindert, eine funktionierende Regierung mit Führungspersönlichkeiten zu bilden, die die Entwicklung des Landes über ihre eigenen Rivalitäten stellen. Die Gewinner der Parlamentswahlen lassen sich nicht so leicht identifizieren, da ihre persönlichen und politischen Streitigkeiten und ihr früheres Versagen, Kompromisse und Arbeitsgrundlagen zu finden, jeden denkbaren Erfolg unterminieren. Die neue politische Lage ist vom Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten und von Machtspielen zwischen den verschiedenen Parteien geprägt. Darüber hinaus steht die Regierung vor der Herausforderung, wirksame Kompromisslösungen für Schlüsselfragen sowohl der innenpolitischen Entwicklung als auch der internationalen Ausrichtung zu finden.

Und schließlich ist noch immer unklar, ob und inwieweit die Ukraine in der Lage sein wird, ihre Hoffnungen auf eine Integration in euro-atlantische Strukturen mit kooperativen Beziehungen zu Russland in Einklang zu bringen. Es gibt Anzeichen für eine Rückkehr zur Multivektorenpolitik der Ära Kutschma; der ukrainische Präsident und der neue Ministerpräsident sprechen schon jetzt in Schlüsselfragen nicht mehr mit einer Stimme.

Die ukrainischen Parlamentswahlen haben also zahlreiche Dilemmata hervorgerufen. Im vorliegenden Beitrag konnten die meisten der angesprochenen Fragen nicht beantwortet werden, da nur die künftige Politik der Ukraine die entsprechenden Antworten liefern kann. Die Dilemmata zeigen, dass der politische Prozess in der Ukraine nicht statisch, sondern dynamisch ist und sich die Ukraine mit all ihren Siegen, Erfolgen, Fehlschlägen, Desillusionierungen und sogar Krisen entwickelt – aber in welche Richtung? Ukraine, *quo vadis?*

29 Alexander Suschko, zitiert nach: Fred Weir, After Ukrainian vote, Russia aims to limit West's pull, in: Christian Science Monitor, 4. April 2006, unter: <http://www.csmonitor.com/2006/0404/p04s01-woeu.html>.

30 Vgl. Alexander Gontscharenko, zitiert in: Sherr, a.a.O. (Anm. 27), S. 127.